

## Positionspapier der LAG Arbeit Schleswig-Holstein zu den Auswirkungen möglicher Kürzungen im Eingliederungstitel des SGB II

Der Bundeshaushalt für das Jahr 2024 wurde noch nicht beschlossen, schon werden Forderungen zur Kürzung von Sozial- und Integrationsleistungen laut. Dies sorgt für erhebliche Unsicherheiten in Teilen der Gesellschaft und der gesamten Sozialwirtschaft. Massive Kürzungen im SGB II Etat sind zu befürchten. Dies hat erhebliche Auswirkungen, auch auf die kommunale und regionale Versorgung ganzer Gesellschaftsbereiche:

### **Daseinsvorsorge und beruflichen Integration**

Es droht die Auflösung bestehender Versorgungs- und Integrationsstrukturen für auf Unterstützung angewiesene Zielgruppen wie z. B. Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit unterschiedlichsten Teilhabeschwächen.

Für den Fall, dass die geplanten Kürzungen des Bundes umgesetzt werden, ist bereits jetzt absehbar, dass sowohl elementare Teile einer funktionierenden sozialen Infrastruktur, wie z. B. Sozialkaufhäuser, Stadtteilprojekte, Tafeln usw. als auch auf Integration ausgerichtete Beratungs- und Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose oder Geflüchtete nicht mehr im erforderlichen Umfang sichergestellt werden können. Dies führt zu einer Schwächung der kommunalen **Daseinsvorsorge** und einer wichtigen Ressource bei der Bewältigung **drängender kommunaler Integrationsaufgaben**.

Die **Schwächung aktiver wie auch passiver Teilhabeleistungen** hat erwiesenermaßen einen negativen finanziellen wie auch gesellschaftlichen Einfluss z. B. auf die Demokratie- und Kriminalitätsentwicklung. Auch die **Schwächung der Kaufkraft** der Bevölkerung sowie ein **Rückgang steuerlicher Einnahmen** können die Folge sein.

Auch können steigende Gesundheitskosten, Kosten zur Behebung individueller Folgen (körperliche und psychische Erkrankungen Verschuldung, Ausgrenzung usw.) direkt in den Zusammenhang mit einer fehlenden beruflichen und sozialen Teilhabe gebracht werden.<sup>1</sup>

### **Flucht, Migration und Arbeitskräftemangel**

Angesichts der geplanten Kürzungen sehen wir die primäre Aufgabe der beruflichen Integration von Migrant\*innen und auch die grundlegende Versorgung Geflüchteter (Tafeln, Sozialkaufhäuser, Beratungsangebote etc.) massiv gefährdet.

Vor dem Hintergrund eines branchenübergreifenden Arbeits- und Fachkräftemangels bei zugleich wieder steigenden Arbeitslosenzahlen, bedeutet der Abbau von Eingliederungsleistungen, dass das vorhandene Arbeitskräftepotential nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden kann und Teilhabechancen gerader junger Migrant\*innen weiter gefährdet werden.

---

<sup>1</sup> s. z. B. Folgen der Arbeitslosigkeit, bpb, Frank Oschmianski, Julia Berthold 2020, Lizenz CC BY-NC-ND 4.0.

Angebote der Sprachförderung, berufliche Qualifizierung, die Begleitung bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder auch die berufliche Vorbereitung von Jugendlichen wird bei Einsparungen in dem geplanten Umfang nicht weiter im erforderlichen Maße vorgehalten werden können.

Kürzungen der Integrationsleistungen bedeuten daher eine nachhaltige **Schwächung der Wirtschaftskraft und der kommunalen Integrationspolitik zugleich.**

### **Träger- und Versorgungsstruktur in Schleswig-Holstein**

Eine gut funktionierende Trägerstruktur und verlässliche Sozialpartnerschaften stehen auf dem Spiel! Seit Jahrzehnten halten die Träger der Sozialwirtschaft zahlreiche Angebote zur Versorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen vor. **Angebote der beruflichen Integration tragen nachweislich mit zum Abbau von Transferleistungen und damit zum Abbau von Kosten für Bund und Kommunen bei.** Nicht zuletzt die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Zuge der Pandemie stellte die Verlässlichkeit einer ganzen Branche unter Beweis.

Die im Haushaltsentwurf geplanten Kürzungen bedeuten nicht nur eine Schwächung einzelner Träger. Einsparungen in diesem Umfang wie auch der steigende Kostendruck der Träger, haben bereits jetzt erste Geschäftsaufgaben zur Folge. So zerstörte Förderstrukturen gehen unwiederbringlich verloren!

Eine weitere Reduzierung der Eingliederungsmittel gefährdet allein in Schleswig-Holstein **tausende von Arbeitsplätzen** in der Sozialwirtschaft.

### **Sozialer Sprengstoff, Abbau von Investitionen und Folgekosten**

Der geplante Abbau aktiver Integrationsleistungen ist dem Abbau notwendiger Investitionsleistungen in eine funktionierende und auf Teilhabe ausgerichtete Gesellschaft gleichzusetzen. Die Finanzierung von Integration und Teilhabe ist keine Subvention sondern eine Investition in die Zukunft von Gesellschaft und kommunaler Entwicklung!

**Die LAG-Arbeit Schleswig-Holstein fordert daher eine auskömmliche Finanzierung des Eingliederungs- und Verwaltungshaushalts der Jobcenter. Die Träger der aktiven Arbeitsmarktpolitik brauchen jetzt Planungssicherheit sowie ein klares Bekenntnis zum Erhalt der Sozialen Infrastruktur in Schleswig-Holstein.**

Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit in Schleswig-Holstein

Für den Vorstand

Dr. Dagmar Bez

Christoph Fels

[Dagmar.bez@awo-bildungundarbeit.de](mailto:Dagmar.bez@awo-bildungundarbeit.de)

[c.fels@bequa.de](mailto:c.fels@bequa.de)



Mitglied im Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe